

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	XXI
Autorenverzeichnis	XXVII

§ 1 Die Überweisung	1
A. Das Rechtsverhältnis zwischen dem überweisenden Kunden und dem überweisenden Kreditinstitut	3
I. Der Abschluß des Überweisungsvertrages zwischen dem überweisenden Kunden und dem überweisenden Kreditinstitut	3
1. Die Notwendigkeit des Abschlusses eines Überweisungsvertrages ..	3
2. Die Formen des Abschlusses des Überweisungsvertrages	5
a) Abgabe eines wirksamen Angebots des überweisenden Kunden ..	5
b) Zugang des Angebots des überweisenden Kunden bei dem überweisenden Kreditinstitut	7
c) Fallgruppe 1: Ausdrückliche Annahme des Angebots des überweisenden Kunden durch die Bank	8
d) Fallgruppe 2: Keine unverzügliche Ablehnung des Angebots des überweisenden Kunden durch die Bank	9
e) Fallgruppe 3: Unverzügliche Ablehnung des Angebots des überweisenden Kunden durch die Bank – Kontrahierungszwang	11
II. Der Inhalt des Überweisungsvertrages	14
1. Die unverzügliche Durchführung der Überweisung	14
2. Die Entgeltklauseln	15
3. Nebenpflichten des überweisenden Kreditinstituts	16
4. Nebenpflichten des überweisenden Kunden	17
5. Die vertragliche Vereinbarung des bisher geltenden Weisungsmodells ..	17
III. Die Kündigung des Überweisungsvertrages	18
1. Die Kündigung durch das überweisende Kreditinstitut nach § 676 a III BGB	18
2. Die Kündigung durch den überweisenden Kunden nach § 676 a IV BGB	19
IV. Die Haftung der überweisenden Bank gegenüber dem überweisenden Kunden	21
1. Die verschuldensunabhängige Haftung der überweisenden Bank nach § 676 b BGB	21
a) Die Verzinsungspflicht bei verspäteter Ausführung nach § 676 b I BGB	21
b) Das Verbot der Kürzung des Überweisungsbetrages nach § 676 b II BGB	23
c) Die Geld-zurück-Garantie nach § 676 b III BGB	23
aa) Die Voraussetzungen des Garantieanspruchs	23
bb) Der Anspruch auf Herausgabe eines Buchgeldbetrages nach der Geltendmachung des Garantieanspruchs	25
d) Der Ausschluß der verschuldensunabhängigen Haftung der überweisenden Bank nach § 676 b IV BGB	27

Inhaltsverzeichnis

e) Der Anspruch auf Nachforschung und Erstattung aus § 676 e IV BGB	28
2. Sonstige Ansprüche gegen die überweisende Bank auf der Grundlage von § 676 c I 2 BGB	28
3. Abweichende Vereinbarungen zur verschuldensabhängigen Haftung des überweisenden Kreditinstituts nach § 676 c I 4, 5 BGB	30
4. Abweichende Vereinbarungen zur Haftung des überweisenden Kreditinstituts insgesamt nach § 676 c III BGB	32
B. Das Rechtsverhältnis zwischen dem überweisenden Kunden und den zwischengeschalteten Kreditinstituten	32
I. Keine vertragliche Beziehung zwischen dem überweisenden Kunden und den zwischengeschalteten Kreditinstituten	32
II. Die Haftung der vom überweisenden Kunden ausdrücklich vorgegebenen Zwischenbank	33
1. Die verschuldensunabhängige Haftung der ausdrücklich vorgegebenen Zwischenbank nach §§ 676 e V 1, 676 b III 7 BGB	33
2. Die verschuldensabhängige Haftung der ausdrücklich vorgegebenen Zwischenbank nach § 676 c II BGB	34
III. Die Haftung von Zwischenbanken nach den allgemeinen Regeln zum Ersatz von Drittschäden	35
C. Der Zahlungsvertrag	39
I. Der Inhalt des Zahlungsvertrages	39
1. Der Regreß bei verzögerter oder vertragswidrig gekürzter Überweisung nach § 676 e I, II, III 4 BGB	39
a) Der Regreß bei verschuldensunabhängiger Haftung des überweisenden Kreditinstituts nach § 676 e I, II BGB	39
b) Der Regreß bei verschuldensabhängiger Haftung des überweisenden Kreditinstituts analog § 676 e III 4 BGB	41
2. Der Regreß bei verlorener Überweisung nach § 676 e III 1, 2 BGB	41
a) Der Regreß bei verschuldensunabhängiger Haftung des überweisenden Kreditinstituts nach § 676 e III 1, 2 BGB	41
b) Der Regreß bei verschuldensabhängiger Haftung des überweisenden Kreditinstituts nach § 676 e III 4 BGB	43
D. Das Rechtsverhältnis zwischen dem Begünstigten und dessen Kreditinstitut	43
I. Der verschuldensunabhängige Anspruch auf Gutschrift nach § 676 g BGB	43
II. Sonstige Ansprüche gegen das Kreditinstitut des Begünstigten auf der Grundlage von § 676 g I 2 BGB	44
E. Das Rechtsverhältnis zwischen dem überweisenden Kunden und dem Begünstigten	45
F. Der Bereicherungsausgleich im Überweisungsverkehr	47
§ 2 Die Lastschrift	52
A. Die dogmatische Einordnung der Lastschriftzahlung	54
I. Die beiden Lastschriftverfahren: Einzugsermächtigungs- und Abbuchungsauftragsverfahren	55
1. Das Einzugsermächtigungsverfahren	56
2. Das Abbuchungsauftragsverfahren	68

a) Rechtsnatur des Abbuchungsauftrags	68
b) Der Ablauf des Abbuchungsauftragsverfahrens	69
B. Das Schriftformerfordernis	72
I. Die Schriftform der Einziehungsermächtigung	72
II. Ausnahmen vom Schriftformerfordernis	74
III. Risiken des Schriftformverzichts	75
1. Verstoß gegen das Lastschriftabkommen	75
2. Sanktionsmöglichkeiten	76
3. Die Widerruflichkeit im Lastschriftverfahren	80
C. Das Lastschriftverfahren im Internet	83
I. Die Vorteile des Lastschriftverfahrens im Internet	83
II. Die tatsächlichen Einsatzmöglichkeiten des Lastschriftverfahrens im Internet	85
1. Die Rechtslage vor dem „Gesetz zur Anpassung der Formvorschriften des Privatrechts und anderer Vorschriften an den modernen Rechtsverkehr“	85
2. Die Rechtslage nach dem „Gesetz zur Anpassung der Formvorschriften des Privatrechts und anderer Vorschriften an den modernen Rechtsverkehr“	86
D. Die Risiken des Lastschriftverfahrens – insbesondere am Beispiel der elektronischen Lastschrift	92
I. Verfahrensablauf	92
1. POZ-Lastschriftverfahren	93
2. ELV-Verfahren	94
3. Das Lastschriftverfahren im Internet	95
II. Die Widerruflichkeit der Lastschrift	97
III. Die Widerrufsfolgen	99
1. Während der Sechs-Wochen-Frist	99
2. Nach Ablauf der Sechs-Wochen-Frist	100
3. Die Risikoverteilung unter den Beteiligten	102
IV. Haftung	105
V. Beweislast	107
§ 3 Die Kreditkarte	113
A. Vertragsstruktur der Universalkreditkarte	115
I. Allgemeines	115
II. Paradigma: Bargeldersatzfunktion	115
B. Rechtsverhältnis: Kartenausgeber – Karteninhaber	116
I. Ausgabevertrag	116
1. Rechte und Pflichten des Karteninhabers	116
2. Rechte und Pflichten des Kartenausgebers	117
3. Rechtsnatur des Ausgabevertrages	119
4. Kontokorrentabrede?	119
5. Zustandekommen des Ausgabevertrages und Einbeziehung der AGB	120
6. Beendigung, Kündigung	121
II. Entgelte und Provisionen	123
1. Jahresentgelt	123
2. Bepreisbarkeit von Zusatzdienstleistungen	123

Inhaltsverzeichnis

III. Anwendbarkeit der Vorschriften über das Verbraucherdarlehen	125
1. Regelabrechnung	125
2. Rahmenvertrag	127
IV. Rechtliche Qualität des Beleges	127
V. Mündliche Weisung	129
1. Wirksamkeit einer mündlichen Weisung	129
2. Schiedsrichterrolle des Kartenausgebers	130
3. Einschränkung der Beweismittel?	132
VI. Blankobelege als Weisung	132
VII. Weisungswiderruf und Einwendungsdurchgriff	133
1. Unzulässigkeit des Weisungswiderrufs	133
2. Ausnahmen	136
3. Behandlung von Einwendungen	137
VIII. Mißbrauch	137
1. Weisungsabhängigkeit des Aufwendungsersatzanspruches	137
2. Risikoverteilung und Verschuldensprinzip	138
3. Mitverschulden des Karteninhabers	140
IX. Zusatzkarten	141
1. Allgemeines	141
2. Haftung des Hauptkarteninhabers	141
3. Haftung des Zusatzkarteninhabers	142
C. Rechtsverhältnis: Kartenausgeber – Vertragsunternehmen	143
I. Rechtsnatur des Händlervertrages	143
1. Allgemeines	143
2. Besonderheiten beim Telefon-/Mailorder-Verkehr	144
3. Bewertungskriterien für den Akquisitionsvertrag	145
II. Einzeltransaktion: Forderungskauf vs. Schuldversprechen	145
1. Bisheriger Ansatz: Forderungskauf	145
2. Kritik am BGH	146
3. Änderung der Rechtsprechung	147
4. Weitere Kritik an der neuen Rechtsprechung	149
III. Annahmepflicht	150
IV. Einwendungsdurchgriff, Rückbelastungsklausel	150
V. Rückfrageklausel	151
1. Genehmigungserfordernis	151
2. Wirksamkeit der Klausel	152
3. Rechtsstellung des Vertragsunternehmens bei Verstoß	154
4. Unteilbarkeit der Transaktion	155
D. Rechtsverhältnis: Vertragsunternehmen – Karteninhaber	155
I. Annahmepflicht	155
1. Allgemeines	155
2. Grundlage der Akzeptanzpflicht	156
3. Einschränkungen der Akzeptanzpflicht	156
II. Benachteiligungsverbot	157
III. Zahlung als Leistung erfüllungshalber	158

§ 4 Die Grundlagen der elektronischen Willenserklärung und des elektronischen Geldes im Zahlungsverkehr	160
A. Die elektronische Willenserklärung und das Zustandekommen von Verträgen online	160
I. Rechtsgrundlagen	163
1. Europäische Vorgaben	163
2. Die e-Commerce-Richtlinie und ihre Umsetzung	164
a) Nationale Rechtsgrundlagen	164
b) Art und Weise der Informationsbereitstellung	164
c) Mindestanforderungen	166
d) Sachlicher Anwendungsbereich	167
e) Persönlicher Anwendungsbereich	168
II. Erscheinungsformen der elektronischen Willenserklärung	169
1. Kommunikationsmöglichkeiten	169
a) Online-Banking	169
b) Homebanking	170
c) e-Mail	170
2. Telekommunikationserklärung	171
3. Automatische Willenserklärung	171
4. Computererklärung	172
III. Wirksamwerden der elektronischen Willenserklärung	174
1. Maßstab der §§ 130 ff. BGB	174
a) Allgemeines	174
b) Verkörperung	175
c) Erklärung unter Abwesenden	176
2. Abgabe der Willenserklärung	176
3. Zugang der Willenserklärung	177
a) Grundsatz	177
b) Transportrisiko	179
c) Zugangsstörung und Organisationsgebot	180
d) Zurechenbarkeit von Zugangsstörungen	181
e) Zugangssperre	183
f) Beweisbarkeit des Zugangs	183
IV. Beseitigung der Willenserklärung	184
1. Widerruf der Willenserklärung	184
2. Anfechtbarkeit	185
V. Mißbrauch und Zurechenbarkeit	187
1. Allgemeines	187
2. Online-Banking	187
3. e-Mail	188
VI. Zustandekommen des Online-Vertrages	188
1. Einfluß des § 312 e BGB	188
2. Pflichten, Annahme und Bearbeitung	189
a) Annahmefrist	189
b) Bearbeitungsfrist	190
3. Einbeziehung der AGB	190
4. Sanktionen	192
B. Elektronische Signatur und Signaturgesetz	193

Inhaltsverzeichnis

I. Funktionsweise elektronischer Signaturen	195
II. Rechtliche Rahmenbedingungen	196
1. EG-Signaturrechtlinie	196
2. Signaturgesetz	197
a) Anwendungsbereich	198
aa) Elektronische Signaturen	198
bb) Fortgeschrittene elektronische Signaturen	198
cc) Qualifizierte elektronische Signaturen	199
dd) Qualifizierte elektronische Signaturen mit Anbieter-Akkreditierung	199
b) Aufsicht	200
c) Sonstige Neuerungen zum SigG 1997	200
d) Haftung	200
e) Datenschutz	201
f) Internationale Anerkennung	201
3. Bedeutung für den Zahlungsverkehr	202
<u>C. Grundlagen des Online-/Internet-Banking</u>	<u>203</u>
I. Grundbegriffe	204
① Zugangssysteme	204
a) Online-Banking	204
b) Internet-Banking	204
2. Sicherungs-/Legitimationsverfahren	205
a) PIN/TAN	205
b) HBCI	206
3. Abgrenzung der Verfahren	208
II. Gesetzliche Rahmenbedingungen	208
III. Vertragliche Rahmenbedingungen	210
1. Online-Banking mit PIN/TAN	210
a) Zulassung zum Online-Banking	210
b) Aufklärungs- und Beratungspflichten	211
c) Abgabe und Zugang von Willenserklärungen	212
d) Bearbeitung durch das Kreditinstitut	212
e) Zugangssperre	213
f) Anwendbares Recht	213
g) Haftung	214
2. Homebanking mit elektronischer Signatur (HBCI)	214
a) Homebanking-Abkommen und Kundenvereinbarungen	214
b) Legitimationsverfahren und Geheimhaltung	215
D. Beweiswert elektronischer Dokumente	215
I. Qualifizierte elektronische Signaturen im System der zivilprozessualen Beweismittel	216
1. Urkundenbeweis	216
2. Augenscheins- und Sachverständigenbeweis	217
3. Beweiserleichterungen und gesetzlicher Anscheinsbeweis	219
a) SigG 1997	219
b) SigG 2001	219
c) § 292 a ZPO	220
II. Insbesondere: PIN/TAN-Verfahren	221

III. Insbesondere: HBCI-Standard	222
IV. Zurechenbarkeit und Mißbrauch	222
E. Bankaufsichtsrechtliche Rahmenbedingungen des elektronischen Geldes ..	223
I. Grundsätzliche Betrachtungen aus Zentralbankensicht	223
1. Eingrenzungen aus Notenbanksicht	223
2. Geldpolitische Bedeutung	224
3. Bankaufsichtsrechtliche Forderungen	224
4. Praktische Bedeutung des E-Geldes in Europa und Deutschland ..	225
II. Elektronisches Geld und 6. KWG-Novelle	226
1. Geldkartengeschäft	226
2. Netzgeldgeschäft	228
III. EU-Richtlinie E-Geldinstitute	229
1. Elektronisches Geld im Sinne der EU-Richtlinie	230
2. E-Geldinstitute	231
IV. Viertes Finanzmarktförderungsgesetz	232
1. Elektronisches Geld nach dem 4. FMFG	232
a) Digitale Bonuspunktesysteme	232
b) Vorauszahlung der Werteinheit	233
c) Speicherung auf einem elektronischen Medium	235
2. E-Geldinstitute nach dem 4. FMFG	236
V. Geldwäschebekämpfungsgesetz	238
Anhang zu § 4	239
A. Bedingungen für die konto-/depotbezogene Nutzung des Online-Banking mit PIN und TAN (Online-Banking-Bedingungen)	239
1. Leistungsangebot	239
2. Nutzungsberechtigte und Zugangsmedien	239
3. Verfahren	239
4. Nachrichtenfreigabe/Verwendung der TAN	240
5. Bearbeitung von Aufträgen im Online-Banking	240
6. Finanzielle Nutzungsgrenze	240
7. Geheimhaltung der PIN und der TAN	240
8. Änderung der PIN	241
9. Sperre des Online-Banking-Angebots	241
10. Rückruf oder Änderung von Aufträgen	241
11. Anwendbares Recht	241
B. Bedingungen für die konto-/depotbezogene Nutzung des Online-Banking mit elektronischer Signatur (Homebanking-Bedingungen)	242
I. 1. Leistungsumfang	242
2. Nutzungsberechtigte	242
II. Allgemeine Verfahrensbestimmungen	242
III. Finanzielle Nutzungsgrenze	242
IV. Legitimationsverfahren/Geheimhaltung	242
V. Zugangssperre	243
VI. Behandlung der vom Nutzer übermittelten Daten durch das Kredit- institut	243
VII. Rückruf oder Änderung von Aufträgen	244
VIII. Anwendbares Recht	244

Inhaltsverzeichnis

C. Vereinbarung über die Nutzung des Online-Banking mit elektronischer Signatur (Homebanking) (HBCI-Teilnahmevereinbarung)	245
D. Homebanking-Verfahrensanleitung (HBCI-Verfahrensanleitung)	247
§ 5 Die Debitkarten	250
A. Wegfall der ec-Garantie zum 1. Januar 2002	252
B. Die neuen Debitkarten der Kreditwirtschaft	253
I. Bargeldbezug am Geldausgabeautomaten (GAA)	253
1. GA-Vereinbarung	253
a) Überblick	253
b) Entgelte	254
c) Lastschriftinzug	255
d) Kündigungsmodalitäten	255
e) Verfahrens- und sicherheitstechnische Regelungen	255
2. Rechtsverhältnis zum Kunden	256
a) Kartenvertrag	256
b) Debitkarten-Kundenbedingungen	257
aa) Wegfall der ec-Garantie	258
bb) Karteninhaber	258
cc) Verfügungsrahmen/Auszahlungshöchstbetrag	258
dd) Aufwendungsersatzanspruch	259
ee) Sorgfalts- und Mitwirkungspflichten	261
ff) Haftung	261
gg) Einzug und Sperre	262
hh) Fremdwährungsgeschäfte	262
ii) Strafrechtliche Regelungen	263
II. Bezahlung am Point of Sale (POS)	263
1. electronic-cash-System	264
a) Abwicklung einer electronic-cash-Transaktion	264
b) Vertragsrechtliche Grundlagen	264
aa) electronic-cash-Vereinbarung	264
bb) Netzbetreibervertrag	265
cc) Rechtsverhältnis zwischen Händler und kartenemittierendem Institut	266
dd) Rechtsverhältnis zwischen Karteninhaber und Kreditinstitut	267
ee) Rechtsverhältnis zwischen Karteninhaber und Händler	267
2. POZ-System	268
a) Vereinbarung zum POZ-System	268
b) Konzentradorvertrag	269
c) Rechtsverhältnis zwischen Händler und kartenemittierendem Institut	270
d) Rechtsverhältnis zwischen Karteninhaber und Kreditinstitut	271
e) Rechtsverhältnis zwischen Karteninhaber und Händler	272
3. „Wildes POZ-Verfahren“	272
III. Die GeldKarte	272
1. Besonderheiten des Systems GeldKarte	273
2. Erscheinungsformen der GeldKarte	274
3. Praktische Funktionsweise	275

a) Ladevorgang	275
b) Bezahlvorgang	275
4. GeldKartengeschäft als Bankgeschäft	275
5. Vertragliche Grundlagen und Rechtsverhältnisse	276
a) Allgemeines	276
b) Rechtsverhältnis zwischen kartenausgebendem Institut und Karteninhaber	277
aa) Die GeldKarte als Bestandteil des Girovertrages	277
bb) Girovertragliche Weisung	278
cc) Haftungsregelung	279
c) Rechtsverhältnis zwischen kartenausgebendem Institut und Vertragsunternehmen	280
aa) Anspruch auf Zulassung zum System	280
bb) Zahlungsgarantie der Bank	281
d) Rechtsverhältnis zwischen Vertragsunternehmen und Karten- inhaber – Erfüllungswirkung der Zahlung	281
IV. Exkurs: Neue Einsatzmöglichkeiten der Debitkarte	282
1. Zusatzanwendungen	282
a) Rahmenvereinbarung zwischen den Kreditinstituten	283
b) Rechtsverhältnis zwischen Kreditinstitut und Händler	283
c) Rechtsverhältnis zum Karteninhaber	284
2. Altersmerkmale auf Chipkarten	284
a) Kooperation mit Automatenaufstellern	285
b) Systemansatz	285
c) Rechtlicher Hintergrund	286
Anhang zu § 5	287
A. Vereinbarung über das deutsche ec-Geldautomaten-System	287
B. Bedingungen für die Verwendung von SparkassenCards	290
C. Vereinbarung über ein institutsübergreifendes System zur bargeldlosen Zahlung an automatisierten Kassen (electronic cash-System)	300
D. Netzbetreibervertrag Vertrag über die Zulassung als Netzbetreiber im electronic-cash- System der deutschen Kreditwirtschaft	304
E. Bedingungen für die Teilnahme von Handels- und Dienstleistungs- unternehmen am electronic-cash-System der deutschen Kreditwirt- schaft („Händlerbedingungen“)	308
F. Vereinbarung zum POZ-System	310
G. Konzentradorvertrag im POZ-System	312
H. Bedingungen für die Teilnahme am POZ-System (Händlerbedingungen)	315
I. Vereinbarung über die Rahmenbedingungen für die Implementierung von unternehmensbezogenen Zusatzanwendungen in die von Kredit- instituten ausgegebenen Karten	318
K. Bedingungen für die Implementierung unternehmensbezogener Zusatzanwendungen auf Chipkarten der Kreditwirtschaft (Händlerbedingungen)	321
L. Vereinbarung über das institutsübergreifende System „GeldKarte“	325
M. Bedingungen für die Teilnahme am System „GeldKarte“	330

Inhaltsverzeichnis

§ 6 Elektronisches Geld	331
A. Gegenstand elektronisches Geld	333
I. Rechtstermini Geldkarte und Netzgeld	334
II. Rechtsterminus elektronisches Geld	335
B. Produkte, Verfügbarkeit, Produktbeschreibung und dogmatische Einordnung	337
I. Begrifflichkeiten	337
II. Ecash und Deutsche Bank AG (1997–2000)	337
III. CyberCoin und Dresdner Bank AG (1998–2000)	338
IV. GeldKarte der deutschen Kreditwirtschaft (seit 1997)	339
V. Paybox und Deutsche Bank AG (2000–2003)	340
VI. Paysafecard und Commerzbank AG (seit 2001)	342
VII. Aktuelle Entwicklungen	342
C. Geldkarte-Verfahren	343
I. Technik der GeldKarte	343
1. Einsatzbereich/Zusatzanwendungen	343
2. Ausstattung und technische Merkmale der GeldKarte	344
3. Technische Anforderungen auf der Händlerseite	344
II. Rechtsverhältnis Karteninhaber – Kartenausgeber	345
1. Kontogebundene GeldKarte als Nebenabrede zum Girovertrag	345
a) Kein Anspruch auf Aushändigung einer GeldKarte	346
b) Rechtsnatur des GeldKartenguthabens	346
2. Girovertragliche Weisung	347
a) Generell-abstrakte Weisungserteilung	347
b) Sonderfälle (vis absoluta, fehlende Geschäftsfähigkeit)	348
c) Offline-Zahlungsvorgang zwischen Geldbörsen- und Händlerkarte	349
d) Keine Möglichkeit eines Weisungswiderrufes	350
3. Recht des Börsenverrechnungskontos	350
a) Ladevorgang, Schattensaldo und Börsenverrechnungskonto	350
b) Pfändung in das Börsenverrechnungskonto	352
III. Rechtsverhältnis Kartenausgeber – Vertragsunternehmen	352
1. Kein Anspruch auf Zulassung zum System	352
2. Akzeptanzpflicht des Vertragsunternehmens	353
3. „Zahlungsgarantie“ der Bank	353
IV. Rechtsverhältnis Vertragsunternehmen – Karteninhaber	354
1. Pflicht zur Annahme der GeldKarte	354
2. Zahlung als Leistung erfüllungshalber	354
V. Sondervorgänge	355
1. Entladung der GeldKarte	355
2. Technische Defekte des Kartenchips	355
VI. Haftung	355
1. Erklärungsrisiko bei Erwerb der GeldKarte-Einheiten	355
2. Erklärungsrisiko bei Einsatz der GeldKarte-Einheiten	355
3. Gefälschte bzw. verfälschte Umsätze, Mehrfacheinreichungen	357
D. Netzgeld-Verfahren	358
I. Art und Funktion des Netzgeld-Systems ecash	359
1. Einweg-Token-System	359

2. Erwerb von Token	360
3. Einsatz von Token	361
a) Zahlungen aus der ecash-Geldbörse	361
b) Die Entgegennahme einer ecash-Zahlung	361
II. Rechtsverhältnis Netzgeldinhaber – Netzgeldemittent	362
a) Nebenabrede zum Girovertrag	362
b) Rechtsnatur des Netzgeldes, §§ 783 ff. BGB	362
c) Aushändigung der Anweisung, § 785 BGB	363
d) Weisungswiderruf, § 790 BGB analog	364
e) Pfändung in Netzgeldbestände	365
III. Rechtsverhältnis Netzgeldemittent – Vertragsunternehmen	366
IV. Rechtsverhältnis Vertragsunternehmen – Netzgeldinhaber	366
V. Haftung	368
§ 7 Einführung: Die Abrechnung im Interbankenverkehr	369
A. Einführung in einige häufig verwendete Begriffe des Interbankenverkehrs	370
B. Zur Risikostruktur der Abrechnung über Zahlungssysteme	372
I. Die Berichte der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich	373
II. Die Risiken in Zahlungssystemen	374
III. Die Grundprinzipien für Zahlungssysteme	374
1. Grundprinzip 1: Solide juristische Basis	375
2. Grundprinzip 2: Klare Risikoabschätzung	376
3. Grundprinzip 3: Management der Kredit- und Liquiditätsrisiken	376
4. Grundprinzip 4: Frühzeitige Endgültigkeit	376
5. Grundprinzip 5: Absorption des Ausfalls des Teilnehmers mit der größten einzelnen Abrechnungsverbindlichkeit	377
6. Grundprinzip 6: Für den Saldenausgleich eingesetzte Aktiva	378
7. Grundprinzip 7: Zuverlässigkeit des Betriebs	379
8. Grundprinzip 8: Effizienter Zahlungsweg	379
9. Grundprinzip 9: Gerechter Zugang	379
10. Grundprinzip 10: Führungsstruktur	379
C. Die Europäische Finalitätsrichtlinie und deren Umsetzung in Deutschland	380
I. Die Richtlinie 98/26/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 19. Mai 1998 über die Wirksamkeit von Abrechnungen in Zahlungs- sowie Wertpapierliefer- und -abrechnungssystemen	380
II. Die Umsetzung der Richtlinie in Deutschland	381
1. Die Umsetzung im Rahmen des BGB	381
2. Die Umsetzung im Rahmen der InsO	381
a) § 96 II InsO	381
b) § 147 I 2 InsO	382
c) Die Abrechnung nach der InsO	382
d) §§ 166 II 2, 223 I 2 InsO	383
3. Sonstige Änderungen	383
§ 8 TARGET	385
A. TARGET – A real-time gross settlement system for the euro	385
I. The establishment of TARGET	386
II. Participants in TARGET	389

Inhaltsverzeichnis

III. Types of transactions	389
IV. Payment and settlement procedures	390
V. Liquidity	391
VI. Technical infrastructure	392
VII. Management structure	393
B. The legal basis for TARGET	394
C. Legal structure	395
D. Main features of the TARGET guideline	398
I. Access	399
II. Pricing rules	400
III. Time of operation	401
IV. Payment rules	401
V. Irrevocability	401
VI. Intra-day credit	401
VII. Interlinking	403
VIII. Finality	403
IX. Compensation scheme	404
X. Security requirements	407
E. TARGET and future developments	407
§ 9 RTGS^{plus}	410
A. Rechtliche Grundlagen für das Betreiben von Zahlungsverkehrssystemen durch die Deutsche Bundesbank	410
B. Entwicklung hin zu RTGS ^{plus}	411
I. Die traditionelle Abrechnung	411
II. Elektronisierung der Abrechnung: Elektronische Abrechnung mit Filetransfer (EAF)	413
III. Umgestaltung zur EAF-2	413
IV. Liquiditätssparende Überarbeitung	415
C. Einführung von RTGS ^{plus}	416
I. Zugangskriterien	417
II. Liquiditätshaltung	417
III. Steuerungsmechanismen der Teilnehmer	418
IV. Warteschlangen	419
V. Datenformate	419
VI. Dynamischer Deckungsbegriff	419
D. Rechtliche Grundstruktur	421
I. Beziehungen der Teilnehmer untereinander und zur Bundesbank	421
II. Qualität der einzelnen rechtlich verbindlichen Erklärungen und Vertragsqualifizierung	422
E. Hauptmerkmale von RTGS ^{plus}	423
I. Erteilung von Weisungen zur Ausführung von Zahlungen an die Bundesbank	423
II. Versätungs- und Verlustrisiken	424
III. Widerruflichkeit von Zahlungen	428
IV. Endgültigkeit der Verrechnung unter RTGS ^{plus}	428
V. RTGS ^{plus} und die Insolvenz teilnehmender Banken	430
F. Besondere Merkmale von RTGS ^{plus}	432

§ 10 EURO1, STEP1 and STEP2	433
A. How does EURO1 work?	434
B. The general legal basis of EURO1	437
C. The legal structure of EURO1 – description	438
I. Single Obligation Structure	438
II. Validity and enforceability of the provisions governing participation in and operation of the System	440
III. Core Principles and Lamfalussy Standards	442
D. Main features of EURO1	442
I. Access	442
1. Access to the System	442
2. Access criteria (conditions for participation and connection)	442
3. Ongoing compliance with access criteria and Suspension and Exclusion Events	444
4. Sub-addresses in EURO1	444
II. Participation in EURO1	445
1. General	445
2. Payment messages	445
3. Pricing	446
III. Management of financial risk	446
1. Principles	446
2. Awareness of financial risk	447
IV. Credit and Liquidity Risk	447
V. Settlement	448
1. Same day settlement of EURO1 in central bank funds	448
2. Settlement arrangements on a normal operating day	449
3. Settlement procedures in default situations	449
4. Loss sharing arrangements	451
5. Settlement assets	451
VI. Irrevocability and finality of fund transfers	452
1. Irrevocability upon processing	452
2. Finality of fund transfers and discharge of interbank payments	453
3. Settlement of Single Obligations and Single Claims	453
VII. The EURO1 system and the Finality Directive	453
VIII. EURO1 and the Core Principles	455
E. Low value payments and mass payments	455
I. Low value payment arrangement (“STEP1”)	455
II. Automated processing of payment files (“STEP2”)	456
List of abbreviations	457
Sachverzeichnis	459